



Mit der ersten großen Anhörung vor dem Kongress seit Beginn des Iran-Krieges ist die innenpolitische Dimension des Konflikts in den Vereinigten Staaten deutlicher denn je hervorgetreten. Verteidigungsminister Pete Hegseth nutzte seinen Auftritt nicht nur zur Rechtfertigung der militärischen Operationen, sondern auch zur scharfen Kritik an politischen Gegnern. Gleichzeitig lieferte das Pentagon erstmals eine offizielle Kostenschätzung: Rund 25 Milliarden US-Dollar habe der Krieg bislang verschlungen.

Diese Zahl, vorgetragen vom Finanzverantwortlichen des Verteidigungsministeriums, markiert einen wichtigen Wendepunkt in der öffentlichen Debatte. Denn während militärische Einsätze der USA häufig mit erheblichen Ausgaben verbunden sind, bleiben konkrete Summen zu Beginn eines Konflikts oft vage. Die nun genannte Größenordnung verdeutlicht die rasche finanzielle Eskalation eines Krieges, der ursprünglich als begrenzte Operation dargestellt worden war.

Ein Großteil der Ausgaben entfällt nach Angaben des Pentagons auf Munition – insbesondere Präzisionsbomben und Raketen. Diese Kostenstruktur ist typisch für moderne Konflikte, in denen technologisch hochentwickelte Waffensysteme eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig wirft sie Fragen nach der Nachhaltigkeit auf: Die US-Rüstungsindustrie steht unter Druck, Produktionskapazitäten auszuweiten, während strategische Reserven schwinden.

Politisch gerät die Regierung zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Kritiker im Kongress bemängeln nicht nur die finanziellen Belastungen, sondern auch das Fehlen klar definierter Kriegsziele. Hegseth wies diese Vorwürfe zurück und sprach von einer „notwendigen Verteidigungsmaßnahme“ gegen iranische Aggressionen. Doch hinter dieser Rhetorik verbirgt sich eine wachsende Skepsis – auch innerhalb der eigenen Reihen.

Historisch betrachtet ist die Entwicklung wenig überraschend. Frühere Konflikte wie der Irak- oder Afghanistan-Krieg zeigten ebenfalls, wie schnell anfänglich begrenzte Einsätze zu langfristigen finanziellen Verpflichtungen anwachsen können. Laut Schätzungen des Congressional Budget Office summieren sich die Kosten dieser Kriege über Jahre hinweg auf mehrere Billionen Dollar – eine Erfahrung, die nun erneut in den politischen Diskurs einfließt.

Ökonomisch betrachtet kommt der Zeitpunkt der Ausgabensteigerung für die USA ungelegen. Angesichts hoher Staatsverschuldung und anhaltender Haushaltskonflikte im Kongress verschärft der Iran-Krieg die fiskalischen Spannungen zusätzlich. Die Frage, wie lange sich ein solcher Ressourceneinsatz politisch und wirtschaftlich tragen lässt, dürfte daher in den kommenden Monaten an Bedeutung gewinnen.

Die nun veröffentlichte Summe von 25 Milliarden Dollar ist somit mehr als eine bloße Zahl.



Sie steht exemplarisch für die strategischen, politischen und ökonomischen Herausforderungen eines Konflikts, dessen langfristige Dimensionen noch kaum absehbar sind.

Symbolik und Subtilität: König Charles III. in New York zwischen Diplomatie und Debatte

Der dritte Tag des Staatsbesuchs von Charles III. und Camilla in den Vereinigten Staaten führte das Königspaar nach Manhattan – ein Ort, an dem politische Symbolik, kulturelle Soft Power und historische Spannungen auf engem Raum zusammentreffen.

Am Morgen begann der Tag mit einem stillen, aber bedeutungsschweren Moment: Am National September 11 Memorial legte das Königspaar einen Blumenstrauß nieder. Der Besuch unterstreicht die anhaltende transatlantische Verbundenheit und erinnert zugleich an die Rolle Großbritanniens als enger Verbündeter der USA seit den Anschlägen von 2001.

Anschließend verlagerte sich das Programm in den Norden Manhattans, nach Harlem. Dort traf Charles auf junge Menschen in einer urbanen Landwirtschaftsinitiative – ein Termin, der seine bekannten Interessen an Nachhaltigkeit und ökologischer Landwirtschaft widerspiegelt. Dass der Monarch selbst Hühner fütterte, mag auf den ersten Blick folkloristisch wirken, fügt sich jedoch in ein konsistentes öffentliches Profil, das Charles seit Jahrzehnten pflegt: jenes eines ökologisch engagierten Staatsoberhauptes.

Parallel dazu widmete sich Camilla einem kulturellen Termin in der New York Public Library. Ihr Besuch bei der Kinderbuchfigur Winnie-the-Pooh verweist auf die britische Literaturtradition und deren internationale Strahlkraft – ein subtiler Akt kultureller Diplomatie.

Der Abend kulminierte in einem Galaempfang bei Christie's, wo prominente Gäste wie Lionel Richie, Anna Wintour und Donatella Versace anwesend waren. Solche Veranstaltungen dienen nicht nur repräsentativen Zwecken, sondern stärken Netzwerke zwischen Kultur, Wirtschaft und Politik.

Doch der Besuch blieb nicht frei von politischem Unterton. Der New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani nutzte die Gelegenheit für eine bemerkenswerte Aussage. Auf die Frage,



was er dem König in einem privaten Gespräch sagen würde, verwies er auf den Koh-i-Noor Diamond – ein Symbol kolonialer Vergangenheit. Die Forderung nach Rückgabe des Diamanten an Indien ist Teil einer breiteren Debatte über Restitution und historische Gerechtigkeit, die zunehmend auch westliche Institutionen erreicht.

So zeigt dieser Besuch exemplarisch die Vielschichtigkeit moderner Monarchie: Zwischen symbolischer Präsenz, kultureller Einflussnahme und wachsender politischer Sensibilität gegenüber historischen Altlasten bewegt sich Charles III. auf einem diplomatischen Parkett, das kaum Raum für einfache Gesten lässt.

ANDERE NACHRICHTEN

Donald Trump führte ein längeres Telefongespräch mit **Wladimir Putin**, und beide Staatschefs forderten eine kurze Waffenruhe in der Ukraine.

Trump drohte zudem gestern damit, US-Truppen aus Deutschland abzuziehen – offenbar als Reaktion auf Äußerungen der deutschen Regierung, wonach Iran die USA „gedemütigt“ habe.

Im **Londoner Stadtteil Golders Green**, einem Zentrum jüdischen Lebens in Großbritannien, wurden zwei Männer niedergestochen. Die Polizei stuft die Tat als Terrorakt ein.

Drei Männer, denen Brandanschläge auf Eigentum mit Verbindung zum Premierminister Keir Starmer vorgeworfen werden, stehen in **London** vor Gericht.

Der **Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten** entschied, dass Louisiana bei der Festlegung seiner Wahlkreise unzulässig rassistische Kriterien angewandt habe – ein Urteil, das die Chancen der Republikaner bei den Zwischenwahlen verbessern könnte.

Russland wird seine jährliche Siegesparade auf dem Roten Platz verkleinern, da ukrainische Angriffe befürchtet werden.

Die **Europäische Union** erklärte, dass **Meta** gegen ein Gesetz zur Online-Sicherheit verstoßen habe, weil das Unternehmen keine ausreichenden Schutzmaßnahmen eingeführt



habe, um Kinder unter 13 Jahren von Instagram und Facebook fernzuhalten.

Die **USA** erhoben Anklage gegen einen mexikanischen Gouverneur und weitere Beamte wegen des Verdachts, das Sinaloa-Kartell unterstützt zu haben.

Vier Mitglieder des **indonesischen Militärgeheimdienstes** stehen wegen eines Säureanschlags auf einen prominenten Kritiker vor Gericht.

Dokumente zeigen, dass **Jeffrey Epstein** seltene islamische Artefakte erwarb, um eine „Moschee“ auf seiner Privatinsel auszustatten.

Die **weltweite Abholzung** ging im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent zurück und erreichte damit den niedrigsten Stand seit einem Jahrzehnt. Allerdings wurden diese Fortschritte durch Zerstörungen infolge von Waldbränden teilweise wieder zunichtegemacht.

Christine Macha